Gericht: Kein neuer Richter geplant

Krankheitsgerüchte über Meinl-Richterin gestreut

Verwirrung über den Gesundheitszustand der Haftrichterin in der Meinl-Causa: Angeblich sollte sie abgezogen werden. Das Landesgericht

dementiert. Pikant: Die Richterin muss noch über eine Retournierung der 100-Millionen-€-Kaution an Meinl (o.) entscheiden. Kosten explodieren von 500 auf 850 Millionen

Zentralbank muss für Bau tiefer in die Taschen greifen

Nicht genug, dass die Europäische Zentralbank in der Euro-Krise eine unrühmliche Figur gemacht hat, muss für den Neubau der EZB in Frankfurt (D) auch mehr Geld aufgestellt werden. Statt den geplanten 500 sind bereits 850 Millionen Euro im Gespräch.





Im Brennpunkt Peter Pelinka

Chefredakteur NEWS Moderator "Im Zentrum"

Betonköpfe

So eine Böse: Da stellt Wissenschaftsministerin Karl eine Glaubenswahrheit der ÖVP infrage, die Ablehnung einer gemeinsamen Schule der 10-14-Jährigen (die es in Form der Volksschulen bei Jüngeren seit Jahrzehnten gibt). Sie nennt die Schulform "Gymnasium", damit einigen Parteifreunden nicht sofort schwarz vor den Augen wird. Und sie verweist darauf, dass es schädlich ist, wenn bereits im Alter von 10 säuberlich zwischen "G'scheiterln" - meist aus "besseren" Kreisen - und dem "Fußvolk" selektiert wird, das sich - zumindest in der Stadt - vor allem aus Schichten rekrutiert, welche nicht das Privileg der deutschen Muttersprache haben. Was allen Seiten schadet: Migrantenkids, welche so noch weniger Chancen auf gute Arbeitsplätze haben, und Österreich, das dadurch manche Talente verliert und sozialen Sprengstoff anhäuft. Wobei die gemeinsame Schule bis 14 keine Einheitsschule sein sollte: Natürlich braucht man viele Unterscheidungen nach Leistung und Neigung, entsprechend den erfolgreichen Schulen in Skandinavien.

Karl stieß sofort auf Beton. Vor allem in den Köpfen der um ihren Status fürchtenden AHS-Lehrergewerkschafter.

pelinka.peter@heute.at

Umfrage: Mehrheit ist für Finanzhilfe an Griechenland

Das Ergebnis überraschte sogar die Meinungsforscher: Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hat die heimische Bevölkerung zu Griechenlandhilfe, Euro-Rettungsschirm und EU-Mitgliedschaft befragt. Verblüffend: Die überwiegende Mehrheit (79 Prozent) ist für den weiteren Verbleib Österreichs in der EU.

Die Umfrage spiegelt die Behauptungen mancher Oppositionspolitiker so gar nicht wider: Laut dem Generalsekretär der Gesellschaft für Europapolitik, Paul Schmidt, zeigen zwei Drittel der heimischen Bevölkerung

erachten die Unterstützung als notwendig", weiß Schmidt.

Dennoch fordern im Gegenzug dazu 47 Prozent, dass Griechenland die Probleme selbst lösen solle.

> Seit Ausbruch der Finanzkrise im September 2006 holt die ÖGfE regelmä-

ßig die Stimmung der Österreicher zu Euro & EU ein. "Vor wenigen Jahren zeigte nur die Hälfte der Befragten Ver-

trauen in die gemeinsame Währung", sagt Schmidt zu "Heute". Überrascht war er, als nach Euro-Rettungsschirm plötzlich 61 Prozent der Währung ihr Vertrauen aussprachen. "Ein hohes Niveau", zieht der Generalsekretär Bilanz.

Von Karin Strobl

Kritik gab es vonseiten der Befragten allerdings am Auftreten der politisch Verantwortlichen:

Vertrauen in den Euro liegt nun bei mehr als 60 Prozent

Sie wünschen sich laut Umfrage eine bessere Zusammenarbeit der EU-Länder.



Schmidt: "Vertrauen in den Euro steigt"

Knapp 80 Prozent möchten weiterhin in der Union bleiben

Solidarität mit den Griechen.



Hypo: Bayern kannten Risiko

Laut "Format" soll die Bayerische Landesbank vor dem Erwerb der Hypo Alpe Adria alle Missstände in der Bank gekannt haben. Ein Due-Diligence-Report aus 2007 hatte die BayernLB vor dem Einstieg gewarnt. Das Fazit der Advokaten lautete: Hände weg!

Unternehmer: 38 % weiblich

Immer mehr Frauen arbeiten als Selbstständige. 2005 waren es in Wien noch 32 Prozent. Das ergab eine Wirtschaftskammer-Studie. "48 Prozent der Unternehmerinnen betreuen ihre Kinder selbst", weist Präsidentin Brigitte Jank auf die Doppelbelastung für Frauen hin.



>> Last Minute >> Last Minute >> Last

Kreta € 249,– 2* Aparthotel Yianna, 1 Woche/N 29. Mai ab Wien

Kalabrien € 291,-

Infos & Buchung in Ihrem Ruefa Reis unter **0810 200 400** zum Ortstarif Mo-Fr 8-20 Uhr, Sa-So 9-17 Uhr oder auf www.ruefa.at | Last Minute